

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher neue Zeitung. 1947-1949 1948**

8 (21.1.1948)

# Süddeutsche Allgemeine

KARLSRUHER NEUE ZEITUNG

Veröffentlichungstage: Montag, Mittwoch und Freitag. — Einzelpreis RM — 30, monatlicher Bezugspreis RM 2.50 (inkl. RM — 20 Trägergebühr, bei Zustellung durch die Post RM 2.50 zuzüglich Zustellgebühr)

Anzeigenpreis: Die 35 mm br Nonp Zelle Karlsruher Ausgabe RM 1.30, Pforzheimer Ausgabe und Württembergisches Abendblatt je RM 1.—, Gesamtanfrage RM 2.—, Amtl. Anzeigen 50% Nachsch.

2. Jahrgang / Nummer 8

Mittwoch, den 21. Januar 1948

Einzelpreis 20 Pfennig

## Welt-Rundschau

**NEW YORK (AP).** Die größte Kälteperiode dieses Winters erfolgte in der Nacht zum Montag, als die Gabeln von Nordamerika...

**Buenos Aires (Dona-Real).** Im Hafen von Buenos Aires haben die Dockarbeiter einen 48-stündigen Proteststreik wegen der neu angekündigten Tarifverhandlungen für Kohle ausgerufen. Darüber hinaus war die Stadt am Montag den fünften Tag ohne Milch, da Milchlieferanten und Milchmänner streikten.

**MEXICO CITY (AP).** Mexikanische Geologen wollen ein neues, reiches Ölervorkommen in einem Gebiet entdeckt haben, das rund 100 km nördlich Tampico liegt.

**NEU DELHI (Dona-Real).** Eine Bombe explodierte am Montagabend etwa 13 Meter von Mahatma Gandhi entfernt, der eine Ansprache an eine Gebetsversammlung hielt. Niemand wurde verletzt und Gandhi sprach weiter.

**PARIS (Dona-Real).** Der französische Minister für Industrie und Luftfahrt, Robert Lacoste, lenkte am Montag mit einem Helikopter das Wasser der Rhone in den umherliegenden Gassen der Hauptstadt-Stadtteile, die ein Fassungsvermögen von zwei Millionen Tonnen hat und nach dem sowjetischen Besetzungsjahr-Standort der zwanzigste Europas ist.

**PARIS (Dona-INS).** Der belgische Ministerpräsident Karl Henri Spaak hatte, wie „France Soir“ aus Gent meldete, in der Nähe der Stadt eine geheime Zusammenkunft mit König Leopold von Belgien.

**PRAG (AP).** Der tschechoslowakische Justizminister ist vom Kabinett mit dem Entwurf eines Gesetzes beauftragt worden, nach dem die Veröffentlichung von Zeitungsartikeln, in denen ausländische Staatschefs angegriffen werden, strafbar ist.

## Lebensmittel für die Bize

**Washington, 20. Jan. (AP).** Das USA-Kriegsministerium hat sich entschlossen, als Ergänzung für die amerikanischen Getreidetransporte 300-400 000 Tonnen Kartoffeln, Dörrbohnen und sonstige Lebensmittel nach der Bize zu verschiffen. Die ersten Lieferungen werden in wenigen Tagen mit amerikanischen Schiffen nach Deutschland abgehen.

**BAD NAUHEIM (Dona).** In Kroatien wurden, wie Kroatien meldete, gegen mehrere Priester Inhaftierungen oder zu mehreren Jahren Zwangsarbeit verurteilt.

**BRESCIA (Dona-INS).** Italienische Polizei verurteilte in Brescia mit Trübsinn eine Menge von etwa 40 000 Strikenden. Etwa 20 000 Industriearbeiter der Stadt befinden sich noch im Streik, weil ihre Arbeitgeber ihnen in den letzten beiden Wochen keinen Lohn bezahlten.

**BUKAREST (Dona).** Der frühere Leiter der rumänischen nationalen Bewegung, Ion C. Brătianu, wurde laut AP wegen staatsfeindlicher Verschwörung in Abwesenheit zu zehn Jahren Gefängnis und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf 5 Jahre verurteilt.

**ATHEN (AP).** Laut Pressenotizen gilt eine 1000 Mann starke Guardia-Einheit vom Berg Glina bei der Ortschaft (Lidiki) im südlichen Mittelgriechenland an. Die Garnison des Ortes löst mit Unterstützung bewaffneter Einwohner hartnäckigen Widerstand und schlug die Angreifer zurück.

**ATHEN (Dona-Real).** Eine Gruppe von 28 griechischen Offizieren ist nach Nord und Zentralgriechenland abgerückt, um sich dort in den einflussreichen Hauptquartieren der griechischen Armee als Berater und Fachleute für Planung zu betätigen.

**TOKIO (Dona-INS).** Das japanische Bevölkerungsproblem muß nach Ansicht hoher amtlicher Beamter in Japan bis Ende 1950 gelöst sein, da sich die Welt sonst einer Lage gegenübersehen, die den Frieden bedroht.

**BOGOTA, Kolumbien (AP).** Die kolumbianische Regierung verhängte den Belagerungszustand über das Gebiet von Santander del Norte, um die politischen Unruhen zum Stillstand zu bringen, die seit Anfang der vergangenen Woche andauern.

**KAIRO (AP).** Fünf Kairoer Zeitungen wolle der Regierung mit Streiks drohen, wenn diese das im Kairo verhängte Verbot der Berichterstattung über Kuegele, Streiks und Demonstrationen nicht aufhebt.

**NICOSIA (Cyprus) (Dona-Real).** Die türkische Gemeinde auf Zypern hat dem britischen Kolonialminister Arthur Creech Jones ein Telegramm übersandt, in dem sie ihm mitteilt, daß eine türkische Delegation sobald wie möglich nach London reisen wird, um gegen ein autonomes Zypern zu protestieren.

## Politische Brunnenvergiftung

Ein mißbrauchtes Interview mit Generalsekretär Hoffmann

Stuttgart, 19. Jan. (Eig. Ber.) Die Zeitungen der Ostzone haben z. T. in großer Aufmachung auf den ersten Seiten mit der Überschrift „Zerreißen Deutschlands in Frankfurt“ eine Meldung der sowjetischen Lizenzierten Nachrichtenagentur ADN veröffentlicht, der ein Interview des Generalsekretärs des Länderrats, Erich Hoffmann, mit dem jetzigen ADN-Korrespondenten Jürgen Lehmann in Frankfurt Lizenzträger, K. W. Gerst, zugrunde liegt. Der sensationell aufgemachten Meldung zufolge soll Hoffmann u. a. geäußert haben: „Auf Grund der Beschlüsse der Frankfurter Konferenz habe ich die Hoffnung auf die Errichtung eines gesamtdeutschen Staates aufgegeben. Hoffmann demontiert diese angebliche Äußerung kategorisch und erklärt: „Es handelt sich offenbar um die total verzerrte Wiedergabe eines Interviews, das ich, am 15. Januar Herrn K. W. Gerst aus Frankfurt anlässlich der Sitzung des Parlamentarischen Rates auf dessen Wunsch gegeben habe. Ich habe niemals erklärt, daß ich auf Grund der Frankfurter Beschlüsse die Hoffnung auf Errichtung eines gesamtdeutschen Staates aufgegeben hätte. Ich habe das absolute Gegenteil erklärt. Es kann

## Marschall Sokolowski protestiert im Kontrollrat

Clay berichtet über die Neuorganisation der Bize — Sowjets bestehen auf Aufhebung der Frankfurter Beschlüsse

Berlin, 20. Jan. (Dona.) Der amerikanische Militärgouverneur für Deutschland, General Lucius D. Clay, gab auf der Dienstag-Sitzung des Kontrollrates eine Erklärung zur wirtschaftlichen Neuordnung der Bize ab. Der sowjetische Vertreter, General Wassili Sokolowski stellte in seiner formellen Erwiderung fest, die sowjetische Militärverwaltung betrachte die Zweizonenorganisation als eine Verletzung des Potsdamer Abkommens und bestand auf der Aufhebung der Zonenvereinbarung. In seiner Antwort erklärte General Clay, er bedauere es, daß das sowjetische Mitglied des alliierten Kontrollrates seinen Kommentar zum Bize solange zurückgehalten habe, bis ihm

sämtliche Informationen über die Organisation in Frankfurt zugegangen seien. Der General stellte fest, die Erfahrung habe gezeigt, daß in der Verzögerung der beiden Zonen eine größere Wirksamkeit herbeigeführt werden müsse. Die Neuorganisation sei lediglich wirtschaftlicher Natur und liege in der Linie der wirtschaftlichen Vereinbarungen, die bereits in den beiden Zonen getroffen worden seien. Clay hob hervor, daß die Neuordnung nur provisorisch sei und der zukünftigen Gestaltung Deutschlands nicht vorgreife. Der General wiederholte, daß die Einladung alle Mitglieder des Kontrollrates, der Vereinigung der beiden Zonen beizutreten, nach wie vor gelte.

Marschall Sokolowski verlas darauf eine vorbereitete Stellungnahme, nachdem er erklärt hatte, daß er sorgfältig die ihm übermittelten Unterlagen über die neue Organisation der bizonalen Behörden prüfen werde. Er betonte die Sowjetbehörden hätten sich eingehend mit den Ausführungen General Clays, die dieser vor zehn Tagen in Frankfurt gemacht habe, vertraut gemacht. Er schloß daraus, daß die Vereinigten Staaten und Großbritannien weitere Schritte zur Aufspaltung Deutschlands und zur Errichtung eines separaten westlichen Staates unternähmen. In London, behauptete er, hätten die Delegierten der drei westlichen Mächte den sowjetischen Vorschlag

zur Bildung einer deutschen Zentralregierung zurückgewiesen. Den neuen bizonalen Behörden seien tatsächlich die Befugnisse einer föderativen Regierung gegeben worden. Unter dem Deckmantel wirtschaftlicher Notwendigkeit habe man eine separatistische deutsche Regierung für die anglo-amerikanische Zone geschaffen. Die amerikanischen Stellen hätten zwar erklärt, daß die Umorganisation der Zweizonenbehörden im Einklang mit deutschen Politikern geschaffen worden sei, aber nur Deutsche wie Adenauer, Schumacher und Kaiser eingeladen, die auf eine Spaltung Deutschlands hinarbeiteten. Andererseits würden die Anhänger eines „reinen und demokratischen Deutschland“ in den beiden Zonen verfolgt. Zum Schluß betonte der Marschall, daß die sowjetischen Militärbehörden auf der Aufhebung der Beschlüsse zur Neuordnung der bizonalen Behörden bestehen müßten.

Gegen Ende der Sitzung, die vier Stunden dauerte, hielten die vier Militärgouverneure eine vierstündige interne Sitzung ab. Dabei wurde, wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, auf Antrag General Clays ein vier Punkte umfassender Vorschlag für eine Währungsreform erörtert. Amerikanische Sprecher erklärten, die Sitzung sei in normaler Atmosphäre verlaufen und habe sich nicht durch ungewöhnliche Spannung ausgezeichnet.

## Clay und Murphy abgeflogen

Berlin, 20. Jan. (Dona.) Der amerikanische Militärgouverneur für Deutschland, General Lucius D. Clay und sein politischer Berater, Botschafter Robert B. Murphy, sind am Dienstag um 18:30 Uhr mit dem Flugzeug nach Washington abgeflogen.

## Kein Treffen der großen Vier

London, 20. Jan. (AP) Der britische Ministerpräsident Clement Attlee hat den Vorschlag eines Unterauschusses, ein Treffen zwischen Präsident Truman, Marschall Stalin und den Staatsoberhäuptern der anderen alliierten Staaten vorzubereiten, als zur Zeit nicht geeignet zurückgewiesen. Wenn er auch daran besorgt sei, alles zu tun, um die internationale Lage zu bessern, so glaube er doch nicht, daß eine Konferenz dieser Art im jetzigen Zeitpunkt der Sache dienen würde.

## Russische Presse bespricht US-Plan

Berlin, 20. Jan. (AP) Die russische Korrespondenten werden eine Rundfahrt durch die amerikanisch besetzte Zone antreten, die sie unter anderem nach Frankfurt a. M., Heidelberg, Stuttgart und Nürnberg führen wird. „Pravda“, „Iswestija“, „Tägliche Rundschau“, „TAP“, Radio Moskau und die Zeitung „Roter Stern“ haben ihre Vertreter zu dieser Fahrt entsandt. Die Führung übernimmt Boris G. Tawitschewsky von der sowjetischen Nachrichtenkontrolle.

## Dr. Klenke im Amt

Stuttgart, 20. Jan. (Eig. Ber.) Innenminister Ulrich teilt mit, Dr. Klenke habe sein Urlaubsgesuch vom 6. Dezember 1947 wieder zurückgezogen, da „die Notwendigkeit und Einseitigkeit der Beurlaubungen zu offensichtlich geworden seien“. Die Untersuchungen würden aber weitergeführt.

## Generalstreik in München?

Frankfurt a. M., 20. Jan. (AP) Der bayerische Gewerkschaftsverband droht mit einem Generalstreik in München, falls sich die Lebensmittelversorgung nicht bessert. Er hat der bayerischen Regierung ein Ultimatum gestellt, das bis zum 22. Januar, 10 Uhr vormittags, eine „befriedigende Antwort“ fordert.

## Hoover fordert Einstellung der Demontage

Verzichtung des Produktionsapparates verzögert Wiederaufbau der Welt

Washington, 20. Jan. (AP) „Die Demontage deutscher Betriebe in einem Augenblick, wo die Menschen in aller Welt Hunger leiden und sogar verhungern, würde für Amerika bedeuten, daß die Lebensmittelverknappung und die hohen Steuern nicht aufhören, da wir dann vergebens jährlich eine Milliarde Dollar aufwenden, um Millionen deutscher Arbeitslosen am Leben zu erhalten.“ Dieser bemerkenswerte Satz stammt aus der Feder des ehemaligen USA-Präsidenten Herbert Hoover, der die Einleitung zu der Broschüre „Destruction at our expense“, („Zerstörung auf unsere Kosten“) schrieb, die von der Commo cause incorporated veröffentlicht wurde. Die Commo cause incorporated (gemeinnützige Gesellschaft) ist eine Organisation, die nach eigener Angabe für ein „freies, einiges Europa“ wirbt. Hoover erklärt in seinem Beitrag ferner: „Wenn man den gewaltigen Produktionsapparat Westdeutschlands vernichtet, werden weniger Waren für den täglichen Bedarf Europas hergestellt, der Wiederaufbau in der ganzen Welt erfordert eine Verzögerung, und der amerikanische Steuerzah-

## Zuteilungen sollen richtig und fair erfolgen

Direktor Lafolette zu den Problemen der Erfassung und Verteilung der Lebensmittel

Stuttgart, 20. Jan. (Eig. Ber.) Zur Klärung teilte Minister Charles M. Lafolette heute morgen der Presse mit, daß er den Titel „Direktor der Militärregierung Württemberg-Baden“ innehat und nicht Gouverneur sei. Es gäbe in Deutschland nur einen Militärgouverneur und das sei General Clay. Ein Gouverneur, so sagte er weiter, werde im allgemeinen eingesetzt, um ein Volk zu regieren, sein Amt dagegen verpflichte ihn, der deutschen Regierung als Berater zur Seite zu stehen und nur dann weisungsgemäß mit Forderungen aufzutreten, wenn es sich um die Durchführung von Entscheidungen auf Viermächtegrundlagen handle.

Zu den Problemen der mangelhaften Erfassung und Verteilung von Lebensmitteln nahm er dann in eingehenden und überzeugenden Ausführungen Stellung. Er könne nicht die Augen vor der Tatsache verschließen, daß ein Teil der Lebensmittel auch in Württemberg-Baden in falsche Hände gelangt würde. Solange ihm aber keine Personen als schuldig nam-

haft gemacht werden, könne er auch keine direkte Aktion einleiten. Auf den Einwurf, man höre oft Klagen, daß die Bismarckverwaltung in Württemberg-Baden zusehende Nahrungsmittel an Länder mit schlechteren Ablieferungsquoten verteilt, die Fehler also in Frankfurt liege und die Militärregierung die Möglichkeit hätte, die schwache Frankfurter Exekutive durch Interventionen zu gerechterer Verteilung zu zwingen, antwortete Lafolette: „Man wolle in Frankfurt die Möglichkeit schaffen, Sanktionen gegenüber den nicht genügend abliefernden Staaten zu erheben. Die Tatsache der mangelhaften Ablieferung ist auch der Beweis für ein gewisses Versagen der Bevölkerung als solcher. Außerdem war bisher keine genügend starke Exekutive vorhanden. Wenn jedoch die Nahrungsmittel, die von Frankfurt zugewiesen werden, in den Ländern nicht richtig zur Verteilung gelangen, ist das ein weiteres Versagen und er hoffe, daß das Volk sich genügend Handhaben verschaffen wird, um einer so schlechten Verteilung begegnen zu können. Ich

kann als Direktor der Militärregierung nicht direkt an das bizonale Amt herantreten, aber innerhalb des Bereichs der Militärregierung werde ich alles in meiner Macht stehende tun, um für Württemberg-Baden zu erreichen, daß die ihnen zusehenden Zuteilungen entsprechend seinen eigenen Anstrengungen richtig und fair erfolgen.“ Auf eine Frage, ob er nicht erstatte sei, daß wir in Württemberg-Baden seit längerer Zeit einen Minister für politische Betreuung, wenn auch nicht im Richtmaß, so doch im Rücktrittstand hätten und so durch nicht die gesamte Ernährungsfrage leiden müsse, entgegnete Lafolette, es gäbe Fragen, auf die er nicht antworten wolle, und dazu gehöre diese.

## Brod und Mehl statt Kartoffeln

Stuttgart, 20. Jan. (Dona.) In Württemberg-Baden kann an Stelle von Kartoffeln Brot bzw. Mehl ausgegeben werden, wie das württemberg-badische Landwirtschaftsministerium am Dienstag bekanntgab. Versorgungsberechtigte über drei Jahre erhalten auf die vier Abchnitte 110/91 der Kartoffelkarte je 700 Gramm, gleich 3000 Gramm Brot oder wahlweise 3000 Gramm Mehl. Versorgungsberechtigte bis zu drei Jahren erhalten auf die zwei Abchnitte 119/82 je 700 Gramm, gleich 1400 g Brot oder 1400 g Mehl. Auf die Kartoffelabchnitte der Zulagekarten 66-64 und 76 der 118. Zuteilungsperiode können statt 1000 g Kartoffeln je 300 g Brot oder 250 g Mehl abgegeben werden. Von Werkküchen, Kantinen und Werkstätten dürfen bis auf Widerruf Kartoffelabchnitte der Zulagekarten 66-64 und 76 der 118. Zuteilungsperiode mit Brot oder Mehl im oben festgelegten Umrechnungverhältnis beliefert werden. Für Kartoffelabchnitte werden statt 200 g Kartoffeln 50 g Brot oder 40 g Mehl ausgegeben.

## 150 Gramm Fett für zwei Perioden

Die Vorschläge Württemberg-Badens zu den Düsseldorf Besprechungen

Stuttgart, 20. Jan. (Eig. Ber.) In einer Konferenz zwischen Minister Dr. Reinhold Mater und Landwirtschaftsminister Heinrich Stöckl wurde am 19. Januar der Vorschlag gemacht, als Württemberg-Badens Beitrag zur Linderung der außerordentlichen Not in Nordrhein-Westfalen 150 g Fett in das Notgebiet abzugeben. Minister Stöckl erklärte anschließend in einer Presskonferenz, 600 t Fett bedeuten 30 Prozent unseres gesamten Fettbedarfs pro Periode. Da Württemberg-Baden an Bayern nach Forderungen in Höhe von 200 t Fett habe, außerdem noch etwa 100 t Fett an Importen ausstünde, würden sich die monatlichen Lieferungen aus den Eigenbeständen des Landes nur auf etwa 70 t belaufen. Da unabhängig von den Verhältnissen in Nordrhein-Westfalen in der gesamten Bize das Fett für eine Periode fehle, sei das württemberg-badische Landwirtschaftsministerium gezwungen, die Fettlieferung zu kürzen. In der 118. und 119. Periode würden daher insgesamt nur 150 g pro Normalverbraucher ausgegeben. Außerdem würden sämtliche Zulagekarten für diesen Zeitraum um 50 Prozent gekürzt. Diese Maßnahme soll — wie der Minister sagte — der Konsolidierung der Verhältnisse in der Fettwirtschaft dienen. Der Frankfurter Postbote, auf eine Fettausgabe in der nächsten Periode überhaupt zu verzichten, könne er auf keinen Fall zustimmen. Minister Stöckl nimmt an, daß seine

Vorschläge auch vom württemberg-badischen Staatskabinett, das am 21. Januar zusammentritt, bewilligt werden, ist.

## Protest des Gewerkschaftsbundes

Stuttgart, 20. Jan. (Dona.) Der württemberg-badische Gewerkschaftsbund lehnte auf seiner Landkonferenz einstimmig die von den stellvertretenden Ernährungsministern der Bize beschlossene Forderung zu Gunsten Nordrhein-Westfalens ab. Vor Annahme der Resolution hatte der württemberg-badische Landwirtschaftsminister Heinrich Stöckl über die gegenwärtige Ernährungslage berichtet.

## Die Spannung Moskau-Washington

General Clay: Amerikaner geben in keinem Punkt unter Druck nach

Berlin, 20. Jan. (Dona-INS) General Clay, der amerikanische Militärgouverneur für Deutschland, gewährte dem Korrespondenten des International News Service, Omer Anderson, ein Interview, in dem er u. a. auf die Spannung zwischen Moskau und Washington und auf die Streiks im Ruhrgebiet einging. Der General sagte: „Wir sind in der Lage eines sehr Zentner schweren Riesens. Der eine kleine Gipfelführer gegenübersteht.“ Clay verglich die „prähistorische sowjetische Stärke“ mit der einer Strömpuppe und warnte Moskau, daß „die Amerikaner nicht die Angewohnheit haben, in irgendeinem Punkt unter Druck nachzugeben“. Die Möglichkeit, daß die Sowjetunion versuchen werde, als Ergebnis der Neuordnung des Wirtschaftsrates in Frankfurt die USA aus Berlin hinauszudrängen, wurde von Clay nicht ernst genommen. Falls die Sowjets die amerikanischen Eisenbahnverbindungen nach Berlin unterbrechen, würden die Amerikaner ihren Nachschub auf dem Luftweg nach Berlin bringen. Die Verantwortung für die Versorgung der Deutschen im UN-Sektor würde dann den Sowjets überlassen bleiben. Clay sprach ferner über die bevorstehende Sitzung des alliierten Kontrollrates. Er ließ durchblicken, daß er die sowjetischen Vertreter über die Maßnahmen in der Bize in Kenntnis setzen und ihnen offen sagen werde, daß die Amerikaner, solange nicht die im Potsdamer Abkommen vorgesehene Vereinigung aller Zonen durchgeführt sei, alles zu tun beschließen, was sie für den Aufbau Westdeutschlands und Europas für notwendig erachteten. Die Sowjetunion habe zwei Achillesfernen. Die eine sei die Oder-Neiße-Linie, durch deren Errichtung die UdSSR auf Kosten der Deutschen, um deren Gunst sie sich jetzt bemühe, Territorien für Polen eingeleitet habe. Die andere verwundbare Stelle sei der „Polizeistaat-Terror“ in der Ostzone. Die gegenwärtige Streikwelle im

Ruhrgebiet schreibt Clay kommunistischen Untrieben und der Lebensmittelknappheit zu. Der General fügte hinzu, er erwarte in der nächsten Zeit Sabotageakte und Streiks, ähnlich wie sie vor kurzem von den Kommunisten gegen die französische und italienische Regierung geführt wurden. Er zweifelte jedoch daran, daß die Kommunisten irgendwelche Erfolge haben würden. In der amerikanischen Zone stehen nach Angabe Clays Lebensmittel für das Ruhrgebiet zur Verfügung. Sie würden jedoch festgehalten, um „die Deutschen selbst dahin zu bringen, die Lebensmittel herauszugeben, die sie horten und schlecht verteilten.“

## Hoover fordert Einstellung der Demontage

Verzichtung des Produktionsapparates verzögert Wiederaufbau der Welt

Washington, 20. Jan. (AP) „Die Demontage deutscher Betriebe in einem Augenblick, wo die Menschen in aller Welt Hunger leiden und sogar verhungern, würde für Amerika bedeuten, daß die Lebensmittelverknappung und die hohen Steuern nicht aufhören, da wir dann vergebens jährlich eine Milliarde Dollar aufwenden, um Millionen deutscher Arbeitslosen am Leben zu erhalten.“ Dieser bemerkenswerte Satz stammt aus der Feder des ehemaligen USA-Präsidenten Herbert Hoover, der die Einleitung zu der Broschüre „Destruction at our expense“, („Zerstörung auf unsere Kosten“) schrieb, die von der Commo cause incorporated veröffentlicht wurde. Die Commo cause incorporated (gemeinnützige Gesellschaft) ist eine Organisation, die nach eigener Angabe für ein „freies, einiges Europa“ wirbt. Hoover erklärt in seinem Beitrag ferner: „Wenn man den gewaltigen Produktionsapparat Westdeutschlands vernichtet, werden weniger Waren für den täglichen Bedarf Europas hergestellt, der Wiederaufbau in der ganzen Welt erfordert eine Verzögerung, und der amerikanische Steuerzah-

ler wird noch mehr als bisher belastet, daher muß die Demontage der deutschen Fabriken aufhören, ohne daß damit der künftigen Regelung der Reparationsfrage vorgegriffen wird.“

## Währungsproblem behindert Export

London, 20. Jan. (AP) Der zur Prüfung der Besatzungsausgaben in Deutschland eingesetzte Ausschuss des britischen Unterhauses empfiehlt neben einer bindenden Erklärung über die Besatzungsausgaben sofortige Maßnahmen für eine Währungsreform in Deutschland. Das gegenwärtige Chaos habe die deutsche Produktion mehr entmutigt als jeder andere Faktor. Der deutsche Export sei entscheidend dadurch behindert, daß die Mark als Auslandswährung keine Geltung besitze.

Der Ausschuss empfiehlt ferner die Errichtung einer Organisation, die die Ausgaben der britischen Militärverwaltung in Deutschland kontrolliert. Die Besatzungsausgaben werden von dem Ausschuss auf mehr als 30 Mill. Pfund (300 Mill. Dollar) im Jahr beziffert.





# WIRTSCHAFTSRUNDSCHAU

## Der Raubbau im Schwarzwald

In dem vom Badischen Wirtschaftsminister Dr. Leibniz ausgearbeiteten und vom Landtag getragenen Wirtschaftsplan spielt der Schwarzwald eine erhebliche Rolle. Es ist in dem Plan vorgesehen, daß zur Wiedergewinnung der Wirtschaft des Landes, zur Überwindung der Krisenzeit und zur Anknüpfung der Wirtschaft ein auf zehn Jahre verteilter Holzschlag von einer Million Festmeter Schnittholz zum Export nach der Schweiz erfolgen soll, wofür die Schweiz einen Kredit von 75 Millionen Franken gewährt. Die Durchführung dieses Planes ist allerdings nur möglich, wenn die ungeheuren Eingriffe der Besatzungsmacht in den Bestand des Schwarzwaldes eingedämmt und auf ein erträgliches Maß zurückgeführt werden und auch der Borkenkäfer sein unheilvolles Wirken erstellt. Der bisherige Raubbau im Schwarzwald geht jetzt schon weit über das erträgliche und über das zur Erhaltung des Waldes notwendige Maß hinaus. Eine Denkschrift der Badischen Staatsverwaltung stellt fest, daß der badische Wald seit 1934 eine Holzmenge von 23 Millionen Festmeter abgeben hat, wie stark der Abbau der Wälder in den Jahren nach der Besetzung forciert wurde und immer noch wird, zeigt die Feststellung, daß in den Jahren 1945/46 als Normaljahr 7.100.000 Festmeter und als Zusatzjahr 4.300.000 Festmeter geschlagen wurden bzw. noch in diesem Jahr geschlagen werden, zusammen rund 11 1/2 Millionen Festmeter. In zwei Jahren also nahezu die Hälfte der Höhe in 25 Jahren. Bei normaler Durchforstung dürfte der Höchstbesatz nur 4,5 Millionen Festmeter betragen. Der Raubbau wird zuzunehmen international betrieben. Denn neben Frankreich, das den Lebensunterhalt hält und für seinen Wiederaufbau 2 Millionen Festmeter bekam, bezieht die Schweiz 1.000.000, Holland 1.000.000 und Italien 800.000 Festmeter, wozu noch weitere Exporte nach der Schweiz und Frankreich in Höhe von 22.000 Festmeter kommen und weiter noch 2 Millionen Festmeter für Export nach Frankreich, wozu 4/5 zur Exportation von Lebensmitteln dienen sollen — wovon allerdings das Land sehr wenig merkt, denn Südbaden hat den niedrigen Kalorienwert in Deutschland, kaum 1000 Kalorien. Kaum mehr als Fischeiweiß kennen sich in den verschiedenen Arten von „Hirschen“, in den Normalhirschen, Zusatzhirschen, F- und F-Hirschen, Sonderhirschen usw. aus; der Endeffekt aller der Hirsche ist allerdings, der Wald wird immer tiefer, die Kahlfelder werden immer größer. Der Gesamtexport wird bis Ende des Jahres etwa 4 Millionen 000.000 Festmeter erreichen. Da entgegen dem Wunsch der Regierung keine Möglichkeit besteht, das Holz zu dem weit wertvolleren Schnittholz zu verarbeiten,

so daß nur das unbehaltene Rundholz ausgeführt werden darf, hat das Land allein durch diese Maßnahme einen Exportverlust von etwa 50 Millionen Mark. Als „Gegenleistung“ für die Rundholzausfuhr hat sich der Fichtenborkenkäfer mit auf die Böse geschickt und sich bereits in den Wäldern von Frankreich und der Schweiz festgesetzt. Eine weitere Katastrophe ist, daß die sogenannten Zusatzhirsche überwiegend von ausländischen Arbeitskräften vorgenommen werden, die nicht der einheimischen Forstwirtschaft unterliegen. Die ausländischen Firmen haben einen auch nur die eine Sorge, rasch und leicht ihr Holzkontingent abzubringen. Der Raubbau macht sich auch in der Landwirtschaft schon bemerkbar, denn der Grundwasserspiegel ist bereits erheblich gesunken. Die „Demonstration“ des Schwarzwaldes bedeutet ein mindestens so schwerer Eingriff in die Wirtschaft des Landes wie die Entnahme und Demonstration der Tausende von Maschinen, ein um so schwererer Eingriff, als hier ein Aufbruch erst nach Jahrzehnten möglich und zu erwarten ist. h. w.

## Die Neubürger in Württemberg-Baden

Stuttgart. (Dena) Am 28. Oktober 1947 traf der erste Transport mit ausgewählten Personen aus dem Osten in Württemberg-Baden ein. Am 1. Oktober 1947 betrug ihre Gesamtzahl 814 231 Personen, das sind 14,5 Prozent der Gesamtbevölkerung dieses Gebietes. Der prozentuale Anteil der Neubürger schwankt in den einzelnen Kreisen erheblich und ist in den stark zerstörten Stadtkreisen naturgemäß am niedrigsten. Von den bis zum 1. Oktober 1947 in Württemberg-Baden aufgenommenen Neubürgern sind 383 469 Männer, 247 544 Frauen und 161 218 Kinder. Die meisten dieser Personen, nämlich 33,7 Prozent, kommen aus der Tschechoslowakei, der Rest verteilt sich auf Ungarn mit 18,6 Prozent, Rumänien mit 3,9 Prozent, Jugoslawien mit 3,8 Prozent, Polen und Schottland mit 16,5 Prozent, Österreich mit 1,8 Prozent und aus sonstigen Ländern 3,3 Prozent. Über die Berufsstruktur der Neubürger gibt eine Sonderhebung des Landesamtes für Württemberg-Baden nach dem Stand vom 31. Mai 1947 Auskunft. Danach gebieten von 129 790 erwachsenen Männern 28 371, das sind 21,9 Prozent, landwirtschaftlichen oder gärtnerischen Berufen an, während 16 412 (46,4 Prozent) in handwerklichen oder industriellen Berufen tätig waren. Von den 108 364 erwachsenen Frauen waren 15 272 (14,1 Prozent) als Hausgehilfinnen und 11 832 (13,7 Prozent) in der Landwirtschaft oder ähnlichen Berufen beschäftigt, 22 937 (21,2 Prozent) der Frauen arbeiteten in handwerklichen oder industriellen Berufen.

## Produktionsleistung gesteigert

Düsseldorf. (Dena) In der Bizone wurden im Jahre 1947 nach den jetzt vorliegenden endgültigen Produktionszahlen der erstarbenden Industrie insgesamt 2,35 Millionen Tonnen Rohstahl gegenüber 2,48 Millionen Tonnen im Jahre 1946 und 2,25 Millionen Tonnen Rohstahl im vorausgegangenen Jahr 2,1 Millionen Tonnen produziert. Bei Walzwerkfertigergebnissen stieg die Jahreserzeugung auf 2,19 Millionen Tonnen gegenüber einer Gesamtmenge von 1,94 Millionen Tonnen 1946. Die durchschnittliche Monatsproduktion der Stahlindustrie in der Bizone betrug 1947 245 904 Tonnen Rohstahl, 188 432 Tonnen Rohstahl und 173 142 Tonnen Walzwerk-Fertigergebnisse.

Hamburg. (Dena) Der 20.000. Volkswagen aus der Nachkriegszeit verließ am Donnerstag in den Woblbürger Motorenwerken (Volkswagenwerk) das Fließband, gab die britische Militärregierung bekannt. Seit Anlaufen der Produktion im Jahre 1939 sind bisher 46.900 Motoren für Volkswagen hergestellt worden.

## Der Bremer Außenhandel gehemmt

Bremen, 18. Jan. (Dena) Der Leiter des staatlichen Außenhandels-Kontors Bremen, Alfred Riss, erklärte in einem Bericht über die Entwicklung des Bremer Außenhandels, während der ersten neun Monate seit Bestehen des Außenhandelskontors, daß dieser bisher vor allem durch die geringen Rohstoff-einfuhren gehemmt worden sei. Bei einer zweckmäßigen Verwendung der für die Bezahlung von Einfuhren zur Verfügung stehenden 186 Millionen Dollar durch die Vereinigte Export-Import-Agentur (JELIA) hätte das Aufholtempo für die Fertigung erreicht werden können. Eine weitere Schwierigkeit habe darin bestanden, daß die Lieferungen an Länder außerhalb des Sterling-Blockes in Dollar verrechnet werden müssen. Abschließend werden im dem Bericht als Voraussetzung für ein wirtschaftliches Gelingen weitere Erleichterungen und mehr Freiheit bei der Teilnahme Deutschlands am Weltmarkt.

## Kokosöl für die Bizone unterwegs

Hamburg. (Dena) Ein Vertrag auf Lieferung von insgesamt 12.000 Tonnen Ceylon-Kokosöl für die Bizone wurde in Washington mit dem JEPIC in Washington und dem britisch-amerikanischen Militärbehörden in Deutschland abgeschlossen, wie die Marine-Union am Dienstag mitteilte. Da kein direkter Frachtraum für Deutschland zur Verfügung stand, wurde das Öl in Drums geladert und in England umgeschlagen. Das Kokosöl wird als Ersatz für einen Teil der ursprünglich vorgesehenen Menge Philippinen-Kopra geliefert. Die Umfrachtung von Philippinenware auf Ceylon-Öle erfolgte, im England Dollar auszugeben zu ersparen. Ceylon hat sich bereit erklärt, an Stelle von Kopra Kokosöl auszuführen.

## Haarbrandversorgung der Bizone 1948/49

Düsseldorf. (Dena) Die Vorarbeiten für den neuen Haarbrand-Versorgungsplan 1948/49, an denen sich alle Länder der Bizone beteiligen, sind seit einiger Zeit aufgenommen worden, teilte das Wirtschaftsministerium von NRW mit. Nach Ansicht des Wirtschaftsministeriums müssen für jeden Haushalt als Mindestmenge 30 Zentner Steinkohle, das entspricht 30 Zentnern Braunkohlenbrückchen, zugrunde gelegt werden, so daß sich für die Bizone ein Gesamtbedarf von 1,2 bis 1,3 Millionen Tonnen Steinkohle ergibt. Die Bevölkerung der Bizone habe angesichts der steigenden Kohlenförderung einen Anspruch darauf, wenigstens diese Mindestmenge zu erhalten.

Frankfurt. (Dena) Die „städtische Erlassungsgesellschaft für öffentliches Gut“ STEG veranstaltet im Februar in Wiesbaden eine Musterarbeit. Es sollen Einzelteile, die aus der Zerlegung von Flugzeugen, von den Nachrichtenorganen und anderen Rüstungsgütern gewonnen wurden, gezeigt und interessierte Kreise bezüglich ihrer Verwendung durch Fachkräfte befragt werden.

## Unsere Sport-Ecke

### Boxing Knieligen in Heidelberg

Der BDK war vom Sportoffizier des M.G. eingeladen worden, im Rahmen einer GYA-Veranstaltung des Heidelberger Civic-Centers gegen eine dortige Boxer-Auswahlmannschaft zu kämpfen. Freudig folgten die Knielinger Jungdiesel dem Ruf und bekamen in Heidelberg — außer einem Abendessen — Brocken vermerkt, die ihnen in manchen Paarungen gewichts- und altersmäßig überlegen waren. Trotzdem gingen sie mit dem dem Knielinger eigenen Schmeiß in die Kämpfe und lieferten den Heidelbergern harte, spannende Gefechte, die von dem amerikanischen Kampfgericht — bestehend aus einem Ring- und einem Kampfrichter — ohne die bei uns übliche Punktwertung beurteilt wurden. — Wilde II unterlag dem Heidelberger Wildsch I knapp nach Punkten, Frei und Stoll wurden Ko-Sieger über Domp und Hölzel (H). Gerach verlor einen schmerzhaften Tiefschlag seines Gegners Schneider (H) und stand die Runden unentschieden durch. Blum siegte durch techn. Ko. über Stolz (H), Steinkönig unterlag Kühn (H) nach Punkten, und Rink legte Wagner (H) schon in der ersten Runde um. König lieferte dem schwereren und älteren Heidelberger Zeug eines seiner typischen Schlachten, die unentschieden ausging. Wilde mußte einen nicht ganz einwandfrei erkrankten Punktsieg des Heidelbergers Asch hinnehmen, und Mazur, der mit seinen 17 Jahren und 3 Kämpfen in Heimersheim (H) einem fast doppelt so alten und erfahrenen Ringfuchs gegenüberstand, ging in der ersten Runde kn.

Eine Mannschaftswertung hätte demnach für die Knielinger ein ehrenvolles 10:10 Unentschieden ergeben. A. W.

### Aus den Kreisklassen

**Fußball, Kreisklasse A, Staffel 1:** Spezzart-Rippur ausgef., Staffel 2: Spöck-Karlruhe 2: 1:1.

**Kreisklasse B, Staffel 1:** OI. Hertha-Wöschbach 1:2; Liedolsheim-Linkenheim 0:3; Fr. SVV Karlsruhe-Graben 2:1; Karlsruhe-Ost-Leopoldshafen 0:4; Germ. Neurent-Südstadt 2:1. **Staffel 2:** Etzenro-Langensteinbach 0:3; Palmbach-Wolfartweier 2:3; Stupferich-Grünwettersbach 4:1. **Staffel 3:** Oberweier-Rhlingen 0:0; Völkersbach-Schöllbrunn 0:0. **Staffel 4:** Büchling-Pfellingen 1:1; Kürsbach-Bretten 1:1. S.-r.

**Handball, Kreisklasse, Staffel 1, 2 u. 3:** Graben-Eggstein 3:5; Mörsch-Malsch 1:4; Jöhlingen-Weingarten ausgef.; Malsch I-Langensteinbach 3:2; Eudheim-MTV Karlsruhe 2:1; Grötzingen-ASV Durlach 3:3; Bruchhausen-Mühlberg 12:4; Staffort-KFV ausgef. S-r.

**Fußball, Internationale Spiele:** Rom-Ujpest Budapest 1:3; Kairo-Ujpest 0:1; Internationale Mailand-Rapid Wien 2:3.

## Georg Eliaßki Henschler — Verstorl

Georg Eliaßki Henschler, geb. 18. März 1884 in Göttingen, verstarb am 18. 1. 1948 in Karlsruhe. Er hinterließ eine Frau, geb. Schilling, u. 2 Töchter: Gertrud u. Helga.

## Veranstaltungen

**Volkshochschule Karlsruhe, Fachschule Durlach:** Spielplan vom 18. 1. bis 21. 1. 1948, ab 19 Uhr, „Das neue Jahr“, ab 20 Uhr, „Die Kunst der Weihnacht“, ab 21 Uhr, „Die Kunst der Weihnacht“, ab 22 Uhr, „Die Kunst der Weihnacht“.

**Musikschule, Fachschule Durlach:** Spielplan vom 18. 1. bis 21. 1. 1948, ab 19 Uhr, „Das neue Jahr“, ab 20 Uhr, „Die Kunst der Weihnacht“, ab 21 Uhr, „Die Kunst der Weihnacht“, ab 22 Uhr, „Die Kunst der Weihnacht“.

## Amlicke Bekanntmachungen

**Krankenscheine:** Die alten krankenscheinbesitzer sind ersucht, ihre Scheine bis zum 31. 1. 1948 bei der Krankenkasse einzuweisen.

**Fleischbeschau:** Die Fleischbeschau wird am 22. 1. 1948 in der Fleischbeschauhalle in Karlsruhe abgehalten.

**Stadtkarten:** Die Stadtkarten für das Jahr 1948 sind ab dem 1. 1. 1948 in der Stadtkassenverwaltung erhältlich.

## Mitteilungen

**Offener Märkten:** Die Offenen Märkte in Karlsruhe werden am 22. 1. 1948 abgehalten.

**Stellenangebote:** Es sind Stellenangebote für verschiedene Berufe in Karlsruhe veröffentlicht.

## Tauschangebote

**Handwerkzeuge:** Verschiedene handwerkliche Werkzeuge zum Tausch angeboten.

**Bücher:** Verschiedene Bücher zum Tausch angeboten.

**Werkzeuge:** Verschiedene Werkzeuge zum Tausch angeboten.

## Immobilien

**Werkstatt:** Werkstatt zum Verkauf in Karlsruhe.

**Grundstücke:** Verschiedene Grundstücke zum Verkauf in Karlsruhe.

**Wohnhäuser:** Verschiedene Wohnhäuser zum Verkauf in Karlsruhe.

## Handwerkzeuge

**Handwerkzeuge:** Verschiedene handwerkliche Werkzeuge zum Verkauf.

**Bücher:** Verschiedene Bücher zum Verkauf.

**Werkzeuge:** Verschiedene Werkzeuge zum Verkauf.

## Immobilien

**Werkstatt:** Werkstatt zum Verkauf in Karlsruhe.

**Grundstücke:** Verschiedene Grundstücke zum Verkauf in Karlsruhe.

**Wohnhäuser:** Verschiedene Wohnhäuser zum Verkauf in Karlsruhe.

## Handwerkzeuge

**Handwerkzeuge:** Verschiedene handwerkliche Werkzeuge zum Verkauf.

**Bücher:** Verschiedene Bücher zum Verkauf.

**Werkzeuge:** Verschiedene Werkzeuge zum Verkauf.

## Immobilien

**Werkstatt:** Werkstatt zum Verkauf in Karlsruhe.

**Grundstücke:** Verschiedene Grundstücke zum Verkauf in Karlsruhe.

**Wohnhäuser:** Verschiedene Wohnhäuser zum Verkauf in Karlsruhe.

## Handwerkzeuge

**Handwerkzeuge:** Verschiedene handwerkliche Werkzeuge zum Verkauf.

**Bücher:** Verschiedene Bücher zum Verkauf.

**Werkzeuge:** Verschiedene Werkzeuge zum Verkauf.

## Immobilien

**Werkstatt:** Werkstatt zum Verkauf in Karlsruhe.

**Grundstücke:** Verschiedene Grundstücke zum Verkauf in Karlsruhe.

**Wohnhäuser:** Verschiedene Wohnhäuser zum Verkauf in Karlsruhe.